

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Veränderungen nehmen die Redaktion, und für Räumliche die Postamtstellen entgegen. — Erhalten wertvoll. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Veränderungen nehmen die Redaktion, und für Räumliche die Postamtstellen entgegen. — Erhalten wertvoll. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1940

Nr. 94

Dienstag, den 23. April 1929

24. Jahrgang

### Dr. Schacht und Dr. Bögler in Berlin

Sie berichten dem Reichskabinett

Die beiden Sachverständigen Reichsbankpräsident Schacht und Dr. Bögler weilten am Sonntag in Berlin und haben die Mitglieder des Reichskabinetts über den Stand der Sachverständigenberatungen in Berlin unterrichtet. Sie berichteten insbesondere über die Bedeutung und Behandlung der deutschen Denkschrift. Die Sachverständigen stellten dabei fest, daß keinerlei politische, sondern nur wirtschaftliche Anregungen in ihr enthalten seien, ferner daß derjenige Teil der Denkschrift, dem von anderer Seite politischer Charakter beigegeben worden ist, weder im Unterausschuß noch im Plenum erörtert wurde, sodas die Denkschrift genau so wie die übrigen Memoranden als Aussprachegrundlage dienen sollte.

Die Minister nahmen den Bericht entgegen und erklärten, daß sie auch weiterhin den Sachverständigen ihre unveränderte Verhandlungsfreiheit zu belassen wünschten.

### Der Reichsbankpräsident hofft auf Einigkeit in Paris

Kurz vor seiner Ausreise nach Paris gewährte Reichsbankpräsident Dr. Schacht einem Vertreter des „Montag“ auf dem Bahnhofs eine Unterredung, in der Dr. Schacht u. a. ausführte, daß er mit der gleichen Ruhe, mit der er nach Berlin gekommen sei, auch wieder nach Paris zurückkehre. Er werde dort die Verhandlungen wieder aufnehmen und abwarten, wie die Vertreter der übrigen Staaten in der Vollkonferenz zu den Vorkonferenzen im Unterausschuß sich einstellen würden. Wörtlich sagte Dr. Schacht am Schluß seiner Ausführungen: „Ich fahre mit dem Gedanken, daß ich in Paris selbst die unglücklichsten Thomase noch davon überzeugen werde, daß wir nicht mehr leisten können, und daß man Deutschlands Leistungsfähigkeit nur steigern kann, wenn man seine Produktionsfähigkeit fördert.“

### Eine Erklärung Dr. Schachts

Ein Mitarbeiter des „Journal“ in Paris wurde am Freitag vom Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht empfangen. Nach einem warmen Nachruf für den so plötzlich verstorbenen Lord Revestofe soll Dr. Schacht gesagt haben: „Ich lege Wert darauf, Ihnen Folgendes zu erklären: Ich habe niemals gesagt, daß die deutschen Vorschläge, die ich den Gläubigern am vergangenen Mittwoch unterbreitete, das letzte Wort der deutschen Delegation sind. Ich habe die gegenwärtige Konferenz niemals als einen Markt angesehen, auf dem um Angebot und Nachfrage gefeilscht wird. Dies bedeutet, daß meine letzten Vorschläge, die genau in dem gleichen Geiste abgefaßt sind wie das Memorandum der Alliierten, eine der Phasen der langen Erörterung über die Ziffern gewesen sind, die wir offiziell in der vorausgegangenen Woche angebracht hatten.“

„Also wollen Sie den Abbruch nicht?“ fragte der Besucher.

„Ich habe“, erwiderte Dr. Schacht, „keinen brennenden Wunsch gehabt, zu einem offenkundigen Ergebnis zu gelangen, und ich habe immer erklärt, daß ich die Konferenz als letzter verlassen würde. Ich bin bereit, sämtliche Anregungen zu erörtern, welche die alliierte Antwort auf die von mir unterbreiteten Vorschläge geben könnte.“

Auf den Vorwand, daß man die Vorschläge für unbefriedigend halte, erwiderte Dr. Schacht: „Glauben Sie mir, die Kritik, die ich in der Pariser Presse gefunden habe, ist durchaus verfrucht. Ich unterstreiche dieses Wort.“

### Reparationskonferenz erst am Dienstag?

Wäternachrichten zufolge dürfte die vertagte Reparationskonferenz kaum vor Dienstag vormittag wieder aufgenommen werden. Die Verschiebung ist durch die Beisehung Lord Revestofes erforderlich geworden. Revestofes Leiche, die am Sonnabend nachmittags nach Boulogne-sur-Mer übergeführt wurde, soll am Montag auf dem englischen Landgut des Verstorbenen beigesetzt werden, und da eine Anzahl Delegierte der Reparationskonferenz den Wunsch geäußert hat, an dem Beisetzungsfeierlichkeiten teilzunehmen, wird sich der Wiederaufnahme der Vollkonferenz vor Dienstag kaum ermöglichen lassen.

### Amerikas Meinung

Zur Kritik der Pariser Konferenz

Wir haben am Freitag auf Grund unserer Informationen davor gewarnt, die Pariser Reparationskonferenz schon als gescheitert zu betrachten. Zur Stunde, als wir diese Warnung niederschrieben, unterhandelten bereits die amerikanischen Delegationsführer mit Dr. Schacht, bald erschienen auch die europäischen Delegationsführer der Reihe nach wieder, so daß man geradezu eine offizielle Sitzung der Konferenz im Hotel Georg V. abhielt. Draußen in der Welt tobte indessen der Presseturm gegen Dr. Schacht und die deutsche Denkschrift weiter.

Das kann nicht verfangen. Ein Vergleich liegt nahe und drängt sich auf. Wer je einmal an Tarifverhandlungen teilgenommen, weiß, daß bei ihrem Beginn die Forderungen der Arbeiter und die Zugeständnisse der Unternehmer sich schroff und scheinbar unüberbrückbar gegenüberstehen. Man spricht sich aus. Die Ausreden sind in der Regel äußerst lebhaft. Nahezu regelmäßig kommt es zu scharfen Konflikten. Das eine Mal ziehen die Unternehmer auf und greifen nach ihren Säten, ein anderes Mal ziehen die Arbeitervertreter ihre Mäntel an. Schließlich kommt doch ein neuer Tarif zustande. Man kennt das.

Was haben wir jetzt in Paris erlebt? Zunächst kamen die Sachverständigen der europäischen Gläubigerstaaten mit einem Memorandum heraus, das die deutschen Kriegsschulden mit einem Gegenwert von 40 Milliarden Goldmark ansetzt. Die deutsche Öffentlichkeit lehnte dieses ungeheuerliche Anstehen geschlossen ab und machte einmütig Front gegen den ultimativen Charakter der alliierten Forderungen. Die französische Regierungspresse dagegen zitterte und befruchtete, daß die deutsche Delegation das Memorandum der europäischen Gläubigerstaaten zum Anlaß nehmen könnte, die ganze Konferenz zu sprengen und die Schuld für das Scheitern der Verhandlungen den europäischen Alliierten zuzuschreiben.

Was zu erwarten war, ist eingetroffen, daß sich nämlich die Lage vollständig umdrehte. Die Deutschen boten unter Führung Dr. Schachts eine Reparationssumme an, die einen Gegenwert von 26 Milliarden Goldmark hat. Darüber gerieten die Franzosen, die Engländer, die Belgier und ihre angelsächsischen Freunde in den Vereinigten Staaten völlig aus der Fassung und ergaben sich in tollen Verdächtigungen und Beschimpfungen Dr. Schachts. Bei dem angeblich ultimativen Charakter des deutschen Memorandums könnten keine weiteren Zugeständnisse gemacht werden, die Konferenz wäre gescheitert und die Deutschen trügen die Schuld daran.

Selbstverständlich war das deutsche Memorandum nicht das letzte Wort und ebenso selbstverständlich trug es keinen ultimativen Charakter. Nicht minder selbstverständlich erschienen uns auch die Wutausschreie der französischen Presse. Damit ist jedoch das letzte Wort auf der zweiten Dameskonferenz noch nicht gesprochen.

Am Freitag, Sonnabend und Sonntag wurde weiter verhandelt. Im Mittelpunkt der Besprechungen standen die amerikanischen Delegationsführer Owen Young und Pierpont Morgan. In ihrem Rücken tauchten die Vertreter des Weißen Hauses in Washington auf, Herbert Hoover und Senator Borah. Die Erklärung des Vorsitzenden des Senats-Ausschusses für die Auswärtigen Angelegenheiten der Vereinigten Staaten Nordamerikas, daß Deutschlands Angebot „vernünftig und fair“ war, ist von größter politischer Bedeutung. Nicht minder bedeutungsvoll ist die amtliche Erklärung des Weißen Hauses, die hofft, daß noch ein Vergleich gefunden wird. Sie beruft sich auf die Erklärung des Staatssekretärs Hughes vom Dezember 1922, nach der Amerika nicht wünscht, daß Deutschlands Schulden gestrichen oder Frankreich seiner angemessenen Ansprüche beraubt wird. Auf der anderen Seite, fährt die Erklärung wörtlich weiter, will aber Amerika nicht, daß Deutschland unter der Reparationslast zusammenbricht. Europa kann sich wirtschaftlich nur erholen, wenn Deutschland wieder auf die Beine kommt und wirtschaftlich selbständig wird. Industrie und Volk in Deutschland müssen die Hoffnung auf Belohnung ihrer Arbeit haben, sonst wird das Ergebnis schließlich nicht Reparationszahlungen, sondern eine Katastrophe sein.

### Die Rüstungsfreudigkeit der Welt

und eine Erklärung der Sowjetdelegation in Genf

Die Sowjetdelegation in Genf veröffentlichte eine lange Erklärung, zu der durch die Behandlung des Sowjetentwurfes über einen teilweisen Abbau der Rüstungen für sie entstandenen Lage. In der Erklärung wird darauf hingewiesen, daß der Entwurf eines teilweisen Rüstungsabbaues in drei Sitzungen behandelt wurde, wobei sich an der Aussprache nur sieben Delegierte beteiligten hätten. Sämtliche Sitzungen, an denen die Sowjetdelegation teilgenommen habe, hätten sich als gänzlich fruchtlos erwiesen, indem sie keinen einzigen Beschluß gebracht hätten, welcher das Abrüstungsproblem auch nur einen Schritt der Lösung näher gebracht habe. Diese Tatsache lasse den Pessimismus und das Mißtrauen, mit dem die Sowjetunion die Einladung zur Teilnahme an den Arbeiten des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses angenommen habe, als durchaus berechtigt erscheinen. Die Sowjetdelegation sei gegenwärtig mehr denn je davon überzeugt, daß die durch den Vorbereitungsausschuß festgelegten Wege und Methoden nicht zur Lösung der vor ihm stehenden Aufgaben führen können. Der Vorbereitungsausschuß werde, indem er die Verantwortung der Regierungen für ihre Untätigkeit in der Sache der Abrüstung auf sich nehme, gleichsam zu einer Deckung für die Weigerung der Regierungen, ihre Rüstungen abzubauen. Die Erklärung schließt: Die Feststellung dieser Tatsachen müßte die Sowjetdelegation dazu bewegen, ihre Teilnahme am Vorbereitungsausschuß aufzugeben. Wenn die Sowjetdelegation dennoch beschließt, im Vorbereitungsausschuß zu verbleiben, so läßt sie sich hierbei von demselben Gedanken leiten, der seinerzeit die Sowjetregierung bei all ihrer negativen Einstellung zum Völkerbund und seinen Organen dazu bewogen hatte, eine Vertretung in den Vorbereitungsausschuß zu entsenden. Die öffentliche Meinung der Welt soll wissen, daß die Sowjetregierung alles von ihr abhängige zur Förderung der Sache der Abrüstung tut und tun wird. Die Sowjetdelegation ist gewillt, diese ihre Aufgabe auch weiterhin zu erfüllen. Sie ist sich dabei vollkommen im Klaren über die Nutzlosigkeit der Arbeit des Ausschusses, solange die durch die Sowjetdelegation eingebrachten Vorschläge außer acht gelassen werden. Die Sowjetdelegation verbleibt im Vorbereitungsausschuß in der Hoffnung, daß die anderen in ihm vertretenen Regierungen unter dem Druck der öffentlichen Meinung und vor allem der Forderungen der Arbeiterorganisationen sich gezwungen sehen werden, ihre Zustimmung wenn nicht zu der vollen Abrüstung, so doch zu einem wesentlichen Abbau der Rüstungen zu geben und daß ihre Vertreter im Ausschuss unvermeidlich zu denselben Sowjetvorschlägen werden greifen müssen, welche sie bisher infolge der gegenwärtigen Instruktionen ihrer Regierungen ablehnten. Diese grundsätzliche Erklärung ist vom Führer der Sowjetdelegation, Litwinow, unterzeichnet.

### Grzesinski über Sozialismus und Staat

Auf der Jahreskonferenz des dritten Bezirks der Sozialdemokratischen Partei Schleswig-Holsteins am Sonntag hielt der preussische Innenminister Grzesinski einen Vortrag über das Thema „Der heutige Staat und wir“. Der Minister gab einen geschichtlichen Rückblick über die wachsende politische Bedeutung der Partei, wobei er betonte, daß die Sozialdemokratie der Vorkriegszeit zwar im Gegensatz zum damaligen Staat, nicht aber zum Vaterlande gestanden habe. Auf die Gegenwart übergehend, bemerkte der Minister, daß gegenüber 1914 auf wirtschaftlichem Gebiete ungeheuer viel in Deutschland anders geworden sei. Zwar sei der heutige Staat kein sozialistischer Staat, genau so wenig aber sei er auch ein kapitalistischer, denn der Kapitalismus sei eingeschränkt durch den Staat und die staatlichen, genossenschaftlichen, kommunalen und gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen. Der Minister betonte eindringlich die Notwendigkeit, daß die Sozialdemokratie ihren politischen Einfluß ausübt, indem sie in die Verwaltung eindringt und die Verwaltung zu beherrschen sucht. „Je mehr wir“, betonte Grzesinski, „die Verwaltung des Staates für uns erobern, desto mehr wird sich die Machtstellung des Staates auch in Wirtschaftskämpfen in ihren Auswirkungen für die Arbeiterklasse zeigen. Das ist aber nur möglich, wenn die Behörden des Staates geleitet werden von Männern, die eine soziale Einstellung haben. Weil wir in Preußen diese Wichtigkeit erfasst ha-